

Im Oktober 2018 ist der IPPC-Bericht erschienen, den viele Medien den „1,5 Grad-Bericht“ nennen. Dieser Bericht spricht davon, dass die Welt nur noch 12 Jahre hat, bis die Temperatur plus 1,5-Grad im Vergleich zu Vor-Industrie-Epoche erreicht hat. Hat unsere Welt die Leistungsfähigkeit (Zeit, Fähigkeit und Wille) etwas zu ändern?

Der Bericht ist ein weiteres Warnzeichen, dass der Klimawandel immer offensichtlicher wird. Aus meiner Sicht zeigt aber die letzte Klimakonferenz in Polen im Dezember 2018, dass die Politik darauf nicht angemessen reagiert. Die Ergebnisse des Berichts haben so gut wie keine Rolle gespielt auf der Klimakonferenz. Die Regierungen haben sich in technischen Details verloren und am Ende so getan, als wenn es einen Fortschritt geben würde. Aber es wurde überhaupt nicht über die notwendige Anpassung der Klimaziele und einer entsprechenden Klimapolitik gesprochen. Das wurde verschoben – ein aus meiner Sicht katastrophales Zeichen. Die sehr breit wahrgenommene Kritik der 14-jährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg ist ja nur der sichtbarste Ausdruck am Unbehagen der völlig unzureichenden Klimapolitik. Man kann nur hoffen, dass aus der Schülerinnenstreik-Bewegung „Fridays for Future“ eine gesamtgesellschaftliche Bewegung wird.

Welche Konsequenzen haben wir zu erwarten, falls in 12 Jahre wirklich eine Temperatur erreicht wird, die wir erst bis Ende dieses Jahrhunderts haben wollten?

Das politische Ziel ist deutlich formuliert: Wir müssen die Wirtschaft „dekarbonisieren“, also raus aus der Nutzung fossiler Energieträger – und wohl auch der fossilen Rohstoffe. Öl ist ja nicht nur als Energieträger wichtig, sondern Grundlage vieler Produkte, insbesondere von Plastik. Aber entscheidend ist der Umstieg bei der Energieerzeugung. Doch damit sind wir bei einem tiefgreifenden Umbau der Produktions- und Lebensweise. Und die hat viel mit Macht und Interessen zu tun. Ein Beispiel: Denken wir mal an die Tausenden von Milliarden Euro, die Öl, Gas und Kohle an Wert haben, die heute als bekannte Reserven unter der Erdoberfläche liegen. Damit ist eine unglaubliche Macht der Rohstoff- und Energieunternehmen verbunden, die ein enormes Interesse daran haben, dass diese Rohstoffe gefördert, verkauft und verbrannt werden. Diese Interessen zu blockieren, das ist die politische Aufgabe, die von der Politik bisher weitgehend de-thematisiert wird. Zur Ebene der Lebensweise werden wir sicherlich im Verlauf des Gesprächs noch kommen.

Wieso sollte eigentlich ein normaler Mensch aus Mitteleuropa ein Interesse am Thema Klimawandel haben?

Aus meiner Sicht gibt es zwei Gründe. Ein ethischer ist, dass wir in Europa seit vielen Jahren und Jahrhunderten auf Kosten anderer und auf Kosten der Natur leben. Wir sind – natürlich als Individuen in unterschiedlicher Masse, aber als Gesellschaften – mit Ländern wie den USA, Kanada oder Japan wesentlich verantwortlich für den Klimawandel. In der wissenschaftlichen Diskussion wird das mitunter als „ökologische Schuld“ bezeichnet. Zweitens: Auch wenn viele Menschen in Europa eher materielle Vorteile von der auf fossilen Energieträgern basierenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise haben, so wird der Klimawandel auch hier negative Auswirkungen haben. Es hört sich ja noch ganz nett an, wenn wir uns vorstellen, dass die Grenze des Weinanbaus sich etwas nach Norden verschiebt, das Wetter etwas wärmer wird. Dabei werden aber die Schwankungen

unterschätzt, es nehmen eben Trockenheit und Starkregen zu. Besonders Österreich ist davon betroffen. Und ganz dramatisch wird es, wenn bestimmte Kippunkte eintreffen, etwa der Golfstrom, der relativ warmes Wasser und damit Luft aus der Karibik nach Europa bringt, abgeschnitten wird. Vergessen wir nicht: Marseille liegt auf der Höhe von New York, wir hier in Österreich werden eher ein Wetter wie heute in Nordkanada bekommen.

Denken Sie, dass der IPCC-Bericht die Meinung von Klimaskeptikern verändert? Ist es eigentlich in dieser Zeit noch möglich, den Klimawandel zu bezweifeln?

Wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass die Klimaskeptiker nicht vom Gegenteil überzeugt werden wollen. Aber in eigenen Forschungen haben wir vor einigen Jahren herausgefunden, dass wir zwischen den Skeptikern des Klimawandels und den Skeptikern einer möglichst effektiven Klimapolitik unterscheiden müssen. Letztere sehen durchaus den Klimawandel, doch sie sind skeptisch, was die geeigneten Instrumente angeht und sagen oft, das sei zu teuer. Die Klimapolitik-Skeptiker müssen überzeugt werden, dass wir dringend einen Umschwung brauchen. Viele Studien zeigen ja, dass Klimapolitik in Zukunft noch viel teurer wird, wenn heute nichts geschieht.

Wenn von Klimaskeptikern Rede ist, fällt uns gleich der US-Präsident ein. Er ist aus dem Paris-Agreement ausgetreten, für ihn ist der Klimawandel eine von China erdachte Falschmeldung. Wie könnte die USA den Kampf gegen den Klimawandel in Gefahr bringen?

Wichtig ist, dass er noch nicht aus dem Paris-Abkommen ausgetreten ist, sondern das angekündigt hat. Er kann frühestens Ende 2019 austreten, das sieht das Abkommen so vor. Doch er wird das wohl umsetzen. Aus meiner Sicht ist die ignorante Politik von Donald Trump auch ein Weckruf für viele Menschen in den USA und für viele Einzelstaaten, dass sie eben auf dieser Ebene Klimapolitik vorantreiben, vor allem der Umstieg auf erneuerbare Energien. Es gibt aus meiner Sicht heute eine politisch und gesellschaftlich völlig gesplante USA – die mächtigen Unternehmen des fossilen Kapitalismus, die von Trump vertreten werden und ein Teil, der wirklich was verändern möchte. Wir sollten genau beobachten, ob beispielweise nach der Parlamentswahl nun mit einigen hoffnungsvollen Mitgliedern im Repräsentantenhaus auch andere Sichtweisen stärker werden.

Ihres letzte Buch handelt von der Imperialen Lebensweise. Was verstehen Sie darunter und wer lebt so?

Mein Mitautor Markus Wissen und ich wollen mit diesem Begriff thematisieren, dass unser alltägliches Leben, insbesondere was die Produktion und den Konsum betrifft, nur deshalb möglich ist, weil wir ständig auf die billigen Arbeitskräfte und die billigen Ressourcen aus anderen Teilen der Welt zurückgreifen. Der Reichtum der entwickelten Staaten basiert nicht ausschließlich, aber wesentlich auf dieser Ausbeutung. Das ist allerdings den meisten nicht bewusst oder wird ignoriert. Die Verhältnisse werden also in gewisser Weise „normalisiert“; Dahinter stehen natürlich politische und Unternehmensstrategien, internationale Konkurrenzverhältnisse, rassistische Muster im Sinne „na, die Menschen in Afrika schaffen es ja eh nicht, sich zu entwickeln“. Alltagshandeln und gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und das eigene Begehren können mit dem von uns vorgeschlagenen Begriff zusammengebracht werden.

Wir nehmen aber nicht nur die Unterschiede zwischen den reichen Ländern im globalen Norden und den ärmeren Ländern im globalen Süden in den Blick. Die imperiale Lebensweise, wie sie in Europa gelebt wird, ist eine statusorientierte Lebensweise, die nicht nur die Umwelt zerstört, sondern auf sozialer Ungleichheit basiert und die soziale Ungleichheit verlängert. Die Mittelschichten grenzen sich gegen die unteren Schichten bewusst ab, indem sie zeigen, dass sie sich aufgrund ihres hohen Einkommens ein Auto und viel Konsum leisten können. Das führt dazu, dass Menschen mit weniger Geld umso mehr ausgeschlossen werden. Es wird eben im Land nicht in einen guten öffentlichen Verkehr investiert, sondern in Straßen.

Im Buch sind Sie kritisch gegenüber dem Kapitalismus, der Ihrer Meinung nach die globale Klimakrise verursacht hat. Kapitalismus „als solchen“ finden Sie aber nicht schlecht – wo liegt dann das Problem? Wie sind wir in die Krise geraten?

Doch, wir finden schon, dass der Kapitalismus hauptverantwortlich ist. Es ist ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das vor allem an Profit orientiert ist, das Menschen und Natur ausbeutet, die Natur als „Gratisproduktivkraft“ nutzen möchte. Seit vielen Jahren wird diskutiert, dass Kapitalismus ein Herrschafts- und Ausbeutungssystem nicht nur in Bezug auf die Klassenverhältnisse ist, sondern auch rassistische und patriarchale Dimensionen hat – und eben auch die Natur systematisch übernutzt und zerstört. Die natürlichen Kreisläufe können sich nicht den kapitalistischen Interessen an raschem Profit und immerwährender Expansion anpassen.

Letzten Dezember fand Klimagipfel in Polen statt, wo der britische Naturwissenschaftler David Attenborough hervorgehoben hat, dass sich die Regierungen die Grüne Ökonomie aneignen sollen. Sie schreiben in Ihrem Buch, dass grüne Ökonomie per se die Krise nicht auflösen werden. Warum?

Die Green Economy ist für mich Ausdruck dafür, dass Teile der Eliten ganz genau wissen, dass im Moment irgendetwas total falsch läuft. Mit der grünen Wirtschaft hofft man, dass sich Unternehmer über grüne Gewinne, Gewerkschaften über grüne Jobs und Konsumenten über grüne Produkte freuen. Die Strategie der Green Economy stellt zwar die Auswüchse der imperialen Lebensweise in Frage, aber nicht die imperiale Lebensweise an und für sich. Deshalb würde ich sie ernst nehmen und sofort kritisieren. Denn die Herkunft der Rohstoffe bleibt weitgehend unsichtbar. Und auch die Produktionsformen, das Profit-Denken und die damit verbundene Lebensweise bleiben bestehen. Da kommen die einfach nicht raus.

Die Strategien einer Grünen Ökonomie führen teilweise zu einer ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, etwa über Elektromotoren, erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft. Doch wenn das weiterhin kapitalgetrieben ist und die imperiale Produktions- und Lebensweise nicht grundsätzlicher infrage stellt, dann bleiben die ausbeuterischen Grundmechanismen ja bestehen. Genauso wie der exklusive Charakter einer teilweise ökologisch-modernisierten Lebensweise gegenüber anderen Weltregionen. Und auf der materiellen Ebene werden auch Elektromotoren zur weiteren Verschärfung von Ressourcenkonflikten beitragen - eben für die Karosserien und Batterien -, in denen die schwächeren Regionen eher verlieren.

Ihr Fazit auch mit Ihrem Mitautor Markus Wissen ist, dass, falls wir die Krise auflösen wollen, die „sozial-ökologische Transformation“ der Gesellschaft notwendig ist. Was ist das?

Wir argumentieren in dem Buch, dass es sehr viele Einsatzpunkte für eine sozial-ökologische Transformation und eine solidarische Lebensweise gibt. Proteste gegen TTIP oder die weitere Verbrennung von Braunkohle für Strom sind Widerstände wie die Proteste gegen Fleischfabriken. Da sind die Widerstände gegen den immer weiteren Ausbau von Flughäfen, um überhaupt die Möglichkeit einer anderen Verkehrspolitik offen zu halten. Umgekehrt gilt es, die Nischen wie solidarische Landwirtschaft auszuweiten. In der Arbeitszeitpolitik würde es darum gehen, nicht nur weniger zu arbeiten – und das in guten und auskömmlichen Verhältnissen-, sondern damit auch von der Orientierung an Produktivismus und Konsumismus wegzukommen. Man könnte auch die Stadtentwicklung Münchens oder Wiens nehmen; da scheint alles auf Wachstum getrimmt, aber nicht, welche sozialen und ökologischen Wohn- und Lebensformen angemessen sind. Beispielsweise weniger, aber eben gemütlicher und klug gestalteter Wohnraum oder ein autobefreites München oder Wien.

Akteure werden ja in verschiedenen Feldern aktiv – und das sollte verstärkt werden. Beispielsweise in der Bildung, indem die Auswirkungen von Konsumnormen und ihr globalisierter Zusammenhang thematisiert werden. Grundsätzlich kann in jedem Bereich etwas angestoßen werden. Jede und jeder muss darüber nachdenken, was im eigenen Arbeitsbereich möglich ist, um eine sozial-ökologische und solidarischen Lebensweise voranzutreiben.

Das Ringen im Alltag um eine solidarische Lebensweise und damit auch um andere Konsummuster ist ein wichtiger Ansatzpunkt, aber das allein reicht nicht aus. Zentral ist es, den Blick auch auf die Produktionsseite zu werfen, auf die damit verbundene Profitlogik. Es gibt noch einen anderen Punkt, den ich bereits erwähnte: Oftmals werden die Hoffnungen in neue „grüne Technologien“ gesteckt, doch die ist ja auch ressourcenintensiv. Prominent ist ja die Diskussion um Elektroautos. Die Batterie der e-cars benötigt Lithium und das Schwermetall Dysprosium, eine sogenannte Seltene Erde, damit die Batterie nicht zu heiß wird. Die Karosserie benötigt Aluminium, die Autos verstopfen weiterhin die Städte etc. Es geht also nicht nur um den Motor, sondern darum, wie wir aus der Automobilität und dem Vielfliegen herauskommen und solidarisch und ökologisch Mobilität für alle ermöglichen.

Ist diese Form der Gesellschaft vereinbar mit dem Kapitalismus?

Aus meiner Sicht benötigen wir konkrete Alternativen innerhalb des Kapitalismus, aber sie müssen gleichzeitig über ihn hinausweisen. Dabei orientieren wir uns an Begriffen wie „radikaler Reformismus“ von Joachim Hirsch oder – bereits vor 100 Jahren entwickelt – „revolutive Realpolitik“ von Rosa Luxemburg. Eine grundlegende Transformation, so die Einsicht, ist nicht zuvorderst über den Staat zu erreichen. Kapitalistische Klassenherrschaft und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise können gar nicht per staatlicher Politik aufgehoben werden, weil der Staat kein neutraler Akteur ist. Er ist selbst ein kapitalistischer Klassenstaat, der tendenziell auch rassistische und die patriarchalen Geschlechterverhältnisse sowie über das scheinbar unverrückbare Dogma der Wettbewerbsfähigkeit die imperiale Produktions- und Lebensweise absichert.

Der Staat, das ist ja eine wichtige Erfahrung der aktuellen Ungleichzeitigkeiten in Europa und den „sprudelnden Staatseinnahmen“ in Ländern wie Deutschland oder Österreich mit entsprechendem staatlichem Handlungsspielraum, ist selbst finanziell und legitimatorisch auf das Gedeihen der kapitalistischen Ökonomie angewiesen.

Transformationsprozesse, so die Einsicht des „radikalen Reformismus“ müssen zunächst gegen die herrschenden Institutionen angestoßen werden, eine postkapitalistische Orientierung wird in vielfältigen „gegen-hegemonialen“ Kämpfen und Orientierungen begründet. Das impliziert ausdrücklich auch gegen-hegemoniale Auseinandersetzungen im Staat und im Parteienspektrum, in Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der breiten Öffentlichkeit.

Um das konkret zu machen am Beispiel der immer stärker zunehmenden SUV-Atos. Für die Stadtentwicklung ist das dramatisch, weil ja immer mehr Platz in Anspruch genommen wird, persönlich fühle ich mich als Radfahrer gefährdet. Ich habe mir vor kurzem zum ersten Mal einen Helm gekauft, weil die Autos immer breiter werden. Als Jugendlicher hatte ich als Ablehnung noch Mercedes-Sterne abgerissen, um etwas gegen Autos zu protestieren. Das geht heute nicht mehr. Auf der Ebene der Stadtentwicklung wünsche ich mir aber, dass es einen Unmut gibt gegenüber SUVs. Die hindern aufgrund ihrer Breite immer wieder Straßenbahnen am Weiterfahren, die Leute müssen manchmal sogar aussteigen. Es könnte einen positiven Kulturkampf gegen SUV geben: „Ihr, die ihr euch immer sicher bewegen wollt, schränkt unsere Mobilität ein, weil ihr euch immer fetter auf die Strassenbahn-Gleise stellt.“ Könnte es nicht heute wieder ein Unbehagen an den Städten geben, die dann dazu führt, dass die Städte eigentlich viel lebenswerter werden, weil es weniger Autos gibt? Dazu müssen aber auch die Profitinteressen an der Produktion von SUVs infrage gestellt werden. Mobilität muss zu einer öffentlichen Angelegenheit werden.

Gibt es auf internationaler Ebene Bestrebungen, diese Transformation zu verwirklichen?

Ich denke schon. Die Entwicklung einer für alle Menschen attraktiven, das heißt lebbareren Produktions- und Lebensweise, die nicht die natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Chancen künftiger Generationen gefährdet, muss die Frage der Gerechtigkeit ins Zentrum stellen. Und zwar auch der internationalen Gerechtigkeit. Doch Fragen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit geraten insbesondere durch die weiterhin starken Tendenzen der Neoliberalisierung unter Druck. Wenn es „der Markt“ richten soll, dann eben für jene, die das Geld haben, am Markt zu agieren, sich entsprechende Güter und Dienstleistungen für den Lebensunterhalt zu kaufen oder zu mieten.

Dennoch: Bei allen Beharrungskräften und starken Interessen an der Erhaltung der imperialen Lebensweise, gibt es auch gesellschaftliche Gegenkräfte, etwa in NGOs und den kritischen Flügeln von politischen Parteien. In gesellschaftliche Nischen wird mit neuen, vielfältigen Ansätzen einer solidarischen Lebensweise experimentiert. Obwohl viele von uns in der imperialen Lebensweise verhaftet sind, gibt es bei vielen die Überzeugung, dass es so nicht weitergehen kann. Der Unmut mit der vorherrschenden Lebensweise könnte eine sozial-moralische Mehrheit erreichen. Inwiefern Aspekte einer solidarischen Lebensweise im nun beginnenden Europa-Wahlkampf von politischen Akteuren thematisiert werden, das wird eine spannende Frage.